



**Bündnis 90/Die Grünen
und
Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

in der Landeshauptstadt Hannover

Für Hannover. Für Morgen.

Koalitionsvereinbarung 2021–2026

Inhalt

Präambel	1
Personal, Digitalisierung und Service	3
Stadtverwaltung	3
Digitalisierung	3
Service	4
Finanzen und öffentliche Ordnung	5
Finanzen	5
Öffentliche Ordnung und Sauberkeit	5
Soziales und Teilhabe	7
Folgen der Corona-Pandemie bewältigen	7
Teilhabe statt Ausgrenzung	7
Soziale Quartiersentwicklung und Ankerkioske	7
Wohnungs- und Obdachlosigkeit	8
Jugend, Familie und Bildung	9
Familienfreundlichkeit	9
Frühkindliche Bildung und Betreuung	9
Kita- und Schulessen	9
Kinder- und Jugendstärkungsgesetz / Inklusion	10
Offene Kinder- und Jugendarbeit / Folgen von Corona	10
Medienkompetenz	10
Hannover gegen Kinder- und Jugendarmut	11
Schulentwicklungsplanung	11
Wirtschaft und Umwelt	12
Wirtschaft	12
Umwelt und Klimaschutz	12

Stadtentwicklung und Bauen	13
Verkehr	13
Stadtentwicklung und Wohnungsbau	13
Innenstadt	14
Kultur und Sport	16
Kulturentwicklung	16
Förderung der Nachtkultur	16
Sportentwicklung	16
Bunte, internationale, weltoffene Stadt Hannover	18
Zuwanderungsfreundliches Hannover	18
Gegen Diskriminierung	18
Für sichtbares queeres Leben	18
Gleichstellung	20
Organisatorisches	21
Strukturen und Arbeitsweisen	21
Personalia	21

Präambel

Die Parteien und Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD schließen diese Koalitionsvereinbarung zur Zusammenarbeit im Rat der Landeshauptstadt Hannover für die Kommunalwahlperiode 2021–2026. Diese Zusammenarbeit auf Augenhöhe steht unter den Vorzeichen von Aufbruch und Verlässlichkeit.

Gemeinsam wollen wir als GRÜNE und SPD fortgesetzt erfolgreiche Politik für ein ökologisches und solidarisches, lebenswertes und weltoffenes Hannover gestalten. Wir stellen uns den großen Herausforderungen, die unserer Stadt aus der Gefahr des globalen Klimawandels und aus der Coronakrise für die Wahrung des sozialen Zusammenhalts erwachsen.

Zur Bewältigung der Corona-Krise werden wir abgestimmte, zielgruppen- und quartiersgerechte Maßnahmen ergreifen, um den sozialen Folgen dieser Krise nachhaltig zu begegnen. Im Umgang mit der Klimakrise, die gleichzeitig eine Existenzfrage der Menschheit ist, werden wir uns mit kommunalen Mitteln in den kommenden Jahren konsequent für den Klimaschutz, für die Verkehrswende, für CO₂-Reduzierung und für eine klimaresiliente Stadtentwicklung einsetzen.

Ökologische und soziale Ziele stehen für uns gleichrangig an erster Stelle der nachfolgend benannten Handlungsfelder.

Modernisierung und Digitalisierung der Stadtverwaltung: Wir wollen in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für eine moderne, digital und bereichsübergreifend arbeitende Stadtverwaltung zu schaffen.

Schaffung und Erhalt bezahlbaren Wohnraums: Mit einem Wohnkonzept Hannover 2035 wollen wir zusätzliche Wohnungen schaffen und geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Mietpreisanstieg zu dämpfen.

Entwicklung einer klima- und menschengerechten Mobilität: Wir wollen Mobilität und Arbeit in der Landeshauptstadt zukunftsfest weiterentwickeln. Hierzu werden wir mit einem neuen „Masterplan Mobilität“ den Grundstein einer umweltgerechten, sicheren und alltags-tauglichen Mobilitätsplanung für die Zukunft legen.

Wahrung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Wir werden das dichte Netz sozialer Einrichtungen in Hannover erhalten und gezielt weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere das Profil Hannovers als familienfreundliche Stadt stärken

Hannover als Wirtschaftsstandort mit Zukunft stärken: Wir werden den Wirtschaftsstandort Hannover mit einem Schwerpunkt auf zukunftsfähigen, sozial und ökologisch wirtschaftenden Unternehmen stärken.

Hannover als tolerante und weltoffene Stadt erhalten: Wir werden Hannover als eine offene Stadt stärken, die für unterschiedliche Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Identität ein guter Ort zum Leben ist.

Die Projekte unserer Vereinbarung stehen unter dem Vorbehalt der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt. Die Bundesregierung und das Land Niedersachsen müssen die Kommunen für die ihnen übertragenen Aufgaben besser und verlässlicher finanziell ausstatten. Wir stellen durch die verantwortungsvolle Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben und eine langfristig orientierte Investitionspolitik die Weichen für eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung Hannovers für die Ratsperiode 2021–2026.

Personal, Digitalisierung und Service

Stadtverwaltung

Eine moderne, zukunftsfähige Stadtverwaltung ist die Grundlage dafür, dass Arbeitsabläufe schnell und zielorientiert erledigt werden. Grundlage hierfür sind zugleich gute Arbeitsbedingungen, eine faire Bezahlung nach den gültigen Tarifverträgen und eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung.

Wir wollen deshalb, zusammen mit der Stadtverwaltung und den städtischen Beschäftigten,

- dem Fachkräftemangel begegnen durch eine Ausweitung der Ausbildung bei der Landeshauptstadt Hannover, durch die Vereinfachung des Quereinstiegs in städtische Verwaltungsberufe sowie durch eine Förderung von Frauen, insbesondere in den höheren Entgeltgruppen, und durch die Förderung von Auszubildenden und Beschäftigten mit einer Migrationsgeschichte,
- die Voraussetzungen dafür schaffen, Arbeitsprozesse verbessern und verschlanken zu lassen,
- das dezernats- und fachübergreifende Arbeiten ausweiten, auch durch die Einrichtung fachübergreifender Arbeitsformen und -gremien,
- die Digitalisierung der Stadtverwaltung schnell und umfassend ausbauen,
- die Regeltreue und die Einhaltung rechtlicher Vorgaben durch entsprechende Compliance-Systeme und deren unabhängige Kontrolle unterstützen,
- die Bürger*innenbeteiligung ausbauen und hierfür geeignete Instrumente entwickeln und einsetzen.

Um die wachsenden Aufgaben in einer wachsenden Stadt durch eine sich anpassende Stadtverwaltung bewältigen zu können, braucht Hannover wie alle anderen Kommunen mehr Unterstützung: Bund und Land sehen wir in der Pflicht, ausreichende Gelder für die wachsenden Aufgaben bereitzustellen, die die Kommunen im Auftrag des Bundes und des Landes wahrnehmen.

Digitalisierung

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass digitales Arbeiten und Lernen sowie Online-Angebote für unseren Alltag unverzichtbar sind. Zugleich ist deutlich geworden, dass wir in Hannover gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um ein gutes digitales Angebot bereithalten zu können.

Wir werden deshalb

- Investitionen in die digitale Infrastruktur sichern – in der Informations- und Kommunikationstechnologie der Verwaltung ebenso wie bei der Bereitstellung von Breitband- und WLAN-Technologie in den städtischen Gebäuden,

- die digitalen Services für die Menschen in unserer Stadt schnell und umfassend ausbauen. Dazu gehören neben der Umsetzung der Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes die Verbesserung und Beschleunigung der Online-Terminvergabe, die Bereitstellung eines umfassenden Formularangebotes, eines elektronischen Rechnungswesens, von Online-Angeboten für die Anmeldung zu Kita- und Schulplätzen sowie zu Pflegeangeboten oder für Aufenthaltstitel wie auch zu Eintrittskarten städtischer Einrichtungen, die sowohl im Internet als auch über eine App einfacher zugänglich sind;
- die Belange des Datenschutzes und der Barrierefreiheit sichern,
- die mehrsprachigen Angebote deutlich ausbauen,
- die Stadtverwaltung dabei unterstützen, ihren Modernisierungsprozess voranzubringen durch die Einführung digitaler Akten und den Ausbau digitaler Arbeitsformen und -abläufe,
- in der Wirtschaftsförderung einen Schwerpunkt auf digitale Wirtschaft und Wissenschaft setzen.

Service

Die Menschen in unserer Stadt erwarten zu Recht einen schnellen und unkomplizierten Service durch die Stadtverwaltung. Ein guter Bürger*innenservice trägt ganz wesentlich zu einem guten Image der Stadtverwaltung bei.

Wir wollen deshalb

- ein digitales Serviceangebot schaffen, das sich klar und übersichtlich an den Belangen und Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert,
- eine schnelle Erreichbarkeit und Terminvergabe der Bürgerämter und anderer städtischer Dienststellen ebenso sichern wie die schnelle Erledigung von Anmeldungen, Anträgen und Anfragen,
- die Kund*innenorientierung der Verwaltung über fachliche Zuständigkeiten hinweg weiter stärken und sichtbarer machen wie auch die Kund*innenzufriedenheit steigern.

Finanzen und öffentliche Ordnung

Finanzen

Nach einer kurzen Zeit einer positiven Entwicklung des städtischen Haushalts sind unsere kommunalen Finanzen durch Einnahmenausfälle und notwendige Hilfen zur Überwindung der Corona-Pandemie erheblich unter Druck geraten. Gleichzeitig besteht weiterhin die Notwendigkeit erheblicher Investitionen in unserer Stadt.

Wir stützen weiterhin das Investitionsprogramm der Landeshauptstadt – vor allem in die Bildungs-, Fuß- und Radverkehrs- und in die digitale Infrastruktur. Auch werden wir Verpflichtungen aus gesetzlichen Vorgaben nachkommen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Rechtsansprüche aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen erfüllt werden. Allerdings fordern wir von Bund und Land die vollständige Erstattung der Kosten, die aus derartigen Vorgaben erwachsen. Zudem müssen Bund und Land die auskömmliche Finanzierung von Aufgaben sicherstellen, die den Kommunen übertragen werden.

Um den städtischen Haushalt zu sichern, werden wir

- sicherstellen, dass die Stadt ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Dazu werden wir den begonnenen Prozess im Rahmen des anstehenden Haushaltskonsolidierungsprogramms weiter kritisch begleiten,
- den städtischen Haushaltsplan und die Berichte zum Haushalt transparenter gestalten, um den Bürger*innen verlässliche und verständliche Informationen zur Haushaltslage geben zu können und
- Planungsprozesse beschleunigen, indem bei Investitionen frühzeitig die Bedarfe unterschiedlicher Nutzer*innengruppen erhoben und in fachübergreifenden Planungsgruppen aufeinander abgestimmt werden sollen.

Öffentliche Ordnung und Sauberkeit

Sicherheitslage und Sicherheitsempfinden in unserer Stadt fallen deutlich auseinander: Obwohl die Zahl der Straftaten seit Jahren sinkt, fühlen sich viele Menschen in verschiedenen Bereichen Hannovers nicht sicher.

Mit dem klaren Bekenntnis dazu, dass Sicherheit immer auch soziale Sicherheit meint, werden wir

- die Konzepte für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sowie „Hannover sauber!“ aktuellen Entwicklungen anpassen,
- den Bevölkerungsschutz sichern und dazu die Rettungsdienste und Feuerwehren weiterhin unterstützen,
- für Plätze, an denen verschiedene Nutzungsinteressen miteinander kollidieren (voran die innerstädtischen Flächen am Raschplatz, Andreas-Hermes-Platz, Weißekreuzplatz, Marstall und Steintorplatz), sowohl kurzfristige Problemlösungen als auch langfristige Entwicklungsstrategien erarbeiten. Dabei wollen wir die örtlichen Gegebenheiten sowie die Bedürfnisse von Anwohner*innen und Nutzer*innen betrachten und die Fragen der Sicherheit, der sozialen Arbeit, der Sauberkeit und der Stadtentwicklung miteinander in Einklang bringen,

- für die sogenannte Feierszene, die an verschiedenen Stellen unserer Stadt zu Konflikten mit Anwohner*innen führt, eine Ansprechperson bzw. Ansprechstelle in der Stadtverwaltung schaffen, die in den Nachtstunden vor Ort zur Konfliktlösung beiträgt.

Soziales und Teilhabe

Hannover ist eine offene, inklusive und vielfältige Stadt und bietet ein hohes Maß an Lebensqualität und Zufriedenheit. Corona hat auch gezeigt, wie groß der Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft und das Potenzial an Mitmenschlichkeit sind. Hilfreich dafür ist nicht zuletzt die aktive städtische Sozialpolitik mit einer Vielzahl von städtischen und unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Wir wollen die starke soziale Infrastruktur der Stadt in den kommenden Jahren erhalten und dazu beitragen, dass Hilfen noch passgenauer dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Denn ein wichtiger Faktor für die Zufriedenheit der Einwohner*innen ist es, dauerhafte Perspektiven für ein besseres Leben für alle zu eröffnen.

Folgen der Corona-Pandemie bewältigen

Die Corona-Pandemie hat eine Situation geschaffen, für die wir in den kommenden Jahren einen Ausgleich herstellen wollen. Dafür werden wir

- zeitlich begrenzt und unter Einbeziehung von Expert*innen Strukturen schaffen, die dazu beitragen, in den besonders betroffenen Quartieren und Bevölkerungsgruppen passgenaue Angebote zu entwickeln, um die negativen Pandemie-Folgen zu bewältigen. Dies können unterschiedliche Angebote sein, beispielsweise im Bereich der Berufsförderung, der Lernförderung oder der Jugend- und Familienhilfe;
- die Lehren aus der Corona-Pandemie aufgreifen, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und so schnellstmöglich Verbesserungen für das Leben der Menschen zu erreichen und wieder mehr Normalität im Alltag herbeizuführen.

Teilhabe statt Ausgrenzung

Selbstverständlich wollen wir übergreifend ein Gemeinwesen fördern, das alle mitnimmt und Teilhabe ermöglicht, statt Vereinzelung und Ausgrenzung zu verursachen. Nachdem wir in den letzten Jahren mit einer Reihe von Maßnahmen und Instrumenten (zum Beispiel dem HannoverAktivPass) die Sozialhilfeleistungen ergänzt haben, werden wir weiter daran arbeiten, Brücken zu mehr Mitmenschlichkeit zu bauen

- in den Nachbarschaften durch soziales Quartiersmanagement,
- mit Hilfsangeboten durch Anlaufstellen in den Quartieren,
- durch Wege auch in digitale Teilhabe,
- durch den bedarfsorientierten Einsatz sozialer Arbeit und
- durch den Erhalt der Errungenschaften der Hannoverschen sozialen Infrastruktur.

Flankiert werden soll dies durch Aktivitäten im Bereich der Sozialgesetze, zum Beispiel durch die Anwendung des Teilhabechancengesetzes in der Stadtverwaltung.

Soziale Quartiersentwicklung und Ankerkioske

Insbesondere zur Stärkung der Nachbarschaften und des Zusammenhalts wollen wir unser Augenmerk auf die Arbeit im Quartier richten und so ein gelingendes Miteinander unterstützen. Um Perspektiven zu schaffen und abzusichern werden wir die Zugänge zu den vielfälti-

gen Hannoverschen Hilfen erleichtern, indem wir Anlaufpunkte („Ankerkioske“ oder ähnliche Einrichtungen) für Fragen in besonderen Lebenslagen in der Nachbarschaft schaffen und so nachhaltig eine soziale Quartiersentwicklung verankern. Dabei wollen wir

- eine qualifizierte Erstberatung bieten und den Weg zu spezialisierten Angeboten, wie dem FamilienServiceBüro, dem Pflegestützpunkt oder der Suchtberatung, weisen,
- einen Anlaufpunkt für alle schaffen – egal ob für junge Familien, Menschen mit Behinderungen, Senior*innen, Angehörigen von Pflegebedürftigen oder anderen.
- den engen Dialog mit den aktiven Einrichtungen im sozialen Netzwerk Hannovers pflegen und gemeinsam dessen Entwicklung vorantreiben,
- erreichen, dass Angebote noch passgenauer ineinandergreifen und nach außen besser dargestellt werden können – beispielsweise über digitale Angebote.
- die Serviceorientierung der Stadt Hannover verbessern und quartiersbezogene bedarfs- und bedürfnisgerechte Leistungen anbieten.
- soziales Quartiersmanagement unterstützen und stadtweite Angebote greifbar und niedrigschwellig erreichbar machen.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Wohnungs- und Obdachlosigkeit hat viele Facetten und Gründe und ist eine besondere Herausforderung für unsere Stadtgesellschaft. Auch aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Hannover rutschen mehr und mehr Menschen in eine zumeist unsichtbare Wohnungslosigkeit oder landen sogar auf der Straße.

Wir wollen die Lage der wohnungs- und obdachlosen Personen nachhaltig verbessern, indem wir

- die Prävention von Wohnungslosigkeit stärken durch die Aktivierung eines breiten Netzwerkes aus der Stelle für wohnraumerhaltende Hilfen, der Straßensozialarbeit, den freien Trägern, der Schuldner*innenberatung, der Suchtberatung, den Amtsgerichten und anderen,
- zusätzliche Belegrechte schaffen und den Abbau bestehender Belegrechte verhindern,
- spezielle Wohnungsangebote, zum Beispiel für Familien mit Kindern oder Einzelpersonen, und Housing-First-Projekte mit verknüpfter sozialer Unterstützung einrichten,
- sichere Hilfs-, Schutz- und Unterkunftsangebote für obdachlose Frauen bereitstellen,
- Tagesaufenthalte weiter ausbauen und
- die räumlichen und unterstützenden Standards in den Obdachlosenunterkünften weiter verbessern.

Jugend, Familie und Bildung

Bildung legt den Grundstein für das spätere Leben, nicht nur beruflich, sondern auch für den persönlichen Lebensweg. Bildung prägt unsere Persönlichkeit und Kreativität und ist damit der Schlüssel eines gelingenden Zusammenlebens. Wir setzen daher im Bereich der frühkindlichen, der schulischen und auch der außerschulischen Bildung auf Qualität und die bestmögliche Förderung.

Familienfreundlichkeit

Hannover zeichnet sich im Vergleich als sehr familienfreundliche Großstadt aus, die viele unterschiedliche Angebote vorhält. Doch gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass Familien finanziell und organisatorisch stark belastet sind. Vor allem für Alleinerziehende und Frauen, die oft im Übermaß die Belastung der Familienorganisation und -arbeit tragen, wollen wir den Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsleistungen so einfach wie möglich machen.

Wir wollen das FamilienServiceBüro zur einer zentralen Anlaufstelle für alle familienbezogenen Leistungen weiterentwickeln und Familien von der mühevollen Suche nach der richtigen Ansprechperson entlasten. Alles soll von dort aus ansteuerbar sein. So wollen wir

- mehr Familien nahe an ihren Bedürfnissen unterstützen,
- eine echte Serviceeinrichtung gewährleisten, in der gemeinsam das richtige Unterstützungsangebot gefunden und bei Bedarf eine umfassendere Beratung ermöglicht wird,
- stärker auch Online-Angebote entwickeln und zugänglich machen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung

Das Angebot zur Kinderbetreuung wollen wir weiter ausbauen und in die pädagogische Qualität der Betreuung investieren. Unser besonderer Fokus liegt auf einer hochwertigen Ganztagesbetreuung für alle Kinder bis zum Ende der Grundschule. Wir wollen

- die Qualität der Ganztagesbetreuung weiter steigern, um gleichwertige Angebote zur Betreuung in Horten zu schaffen,
- die Umsetzung des Anspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkindern qualitativ begleiten,
- uns dafür stark machen, dass dies für die Kommunen auskömmlich finanziert wird,
- das Angebot für eine verlässliche Ferienbetreuung ausweiten und
- Hort- und Betreuungsangebote für Grundschulkindern erhalten, bis eine pädagogisch hochwertige Ganztagesbetreuung an den Schulen gewährleistet ist.

Kita- und Schulessen

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist unabdingbar für die Entwicklung der jungen Menschen. Immer mehr Kinder und Jugendliche erhalten ihre Hauptmahlzeit in den Schulen und Kitas. Wir wollen die Qualität steigern durch

- eine stärkere Ausrichtung des Kita- und vor allem des Schulessens an ökologischen, gesundheitlichen und pädagogischen Aspekten,
- Essenspreise, die so gestaltet werden, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen den gleichen Zugang zur Schulverpflegung haben,
- eine Zusammenarbeit mit regionalen Anbieter*innen wie auch sozialen Betrieben,
- ein Modellprojekt Stadtteilküche vor Ort mit Caterern oder Küchen und Schulen, um Kindern und Jugendlichen ein gesundes Ernährungskonzept mit regionalen und saisonalen Produkten näherzubringen,
- Schulgärten mit der Möglichkeit, Obst und Gemüse zu ernten, um bei Kindern die Freude am Kochen zu wecken.

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz / Inklusion

Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) wird unter anderem die getrennte Behandlung von Kindern mit und ohne Behinderung aufgehoben. Alle Kinder und Jugendlichen werden künftig vom zuständigen Jugendamt betreut werden. Die Umsetzung dieser Gesetzesnovelle wollen wir gemeinsam mit der Region so gestalten, dass sie sich zum Wohle der Kinder und Jugendlichen maximal entfalten kann, und hierzu eine ausgewogene Finanzierungsrichtlinie mit der Region ausarbeiten.

Den Paradigmenwechsel hin zu einer Betreuung aller Kinder und Jugendlichen durch das Jugendamt wollen wir auch in den Kindertagesstätten und mit anderen Betreuungsangeboten vollziehen, indem wir die Inklusion auch dort vorantreiben und uns für mehr inklusive Betreuungsplätze einsetzen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit / Folgen von Corona

Die ausgebremsten Pläne und Träume von Kindern und Jugendlichen wollen wir schnell wieder aufholen und unsere Politik noch stärker an den Bedürfnissen junger Menschen ausrichten. Nach Corona braucht es nicht weniger, sondern mehr Freizeitangebote, mehr Bildungsteilhabe und echte Freiräume für eine gesicherte Jugendphase.

Daher braucht es Orte für Kinder und Jugendliche, an denen Zusammenleben, Freizeit und Selbstfindung ohne Zwang möglich ist. Gleichzeitig müssen sie wissen, an wen sie sich bei Problemen wenden können. Und besonders wichtig: Jugendliche und junge Erwachsene sollten in Erfahrung bringen können, was sie wollen und auch lernen, dieses zu artikulieren und zu verhandeln – ein Grundpfeiler für den Erhalt der Demokratie. Wir möchten, dass Jugendliche das Zusammenleben in Hannover auf Augenhöhe mitgestalten können. Dazu

- entwickeln wir Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit weiter,
- fördern wir ihre Beteiligung über die städtische Jugendbeteiligungsstrategie,
- setzen uns für die Kinder- und Jugendarbeit der Stadt und der freien Träger ein und
- fordern wir mit Nachdruck Räume für Jugendliche in der Stadt ein.

Medienkompetenz

Wir wollen die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen in Hannover deutlich stärken, um sie immun gegen Cybermobbing, Fakenews und Abzocke im Internet zu machen. Dazu werden wir Inhalte zu Medienkompetenz in den Bildungsnetzwerken, in der Schulsozialarbeit,

in der offenen Kinder- und Jugendarbeit generell und in der außerschulischen Lehrarbeit platzieren und verankern.

Hannover gegen Kinder- und Jugendarmut

Wir wollen weiterhin, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft und finanziellen Lage gleiche Chancen auf ein Aufwachsen in Wohlergehen, einen erfolgreichen Bildungsweg und auf gesellschaftliche Teilhabe in Hannover erhalten. Darum setzen wir uns konsequent gegen Kinder- und Jugendarmut ein. Mit dem Hannoverfonds sollen – im Rahmen der städtischen Jugendhilfeplanung – Unterstützungsmöglichkeiten in besonders von Armut betroffenen Quartieren eingerichtet werden. Auch die für den Hannoverfonds eingerichtete Expert*innenkommission sowie die Weiterentwicklung des hannoverschen Weges gegen Kinderarmut sind von uns vorangetriebene Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut, die wir in den kommenden Jahren aktiv begleiten werden.

Schulentwicklungsplanung

Die Aufgabe der Landeshauptstadt Hannover als Schulträgerin im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, der Entwicklung der Ganztagsangebote sowie der Medienentwicklungsplanung wollen wir in den nächsten Jahren im Rahmen der jeweils bestehenden Schulgesetzgebung aktiv ausgestalten und bestehende Spielräume nutzen. Mittelfristig wollen wir das dreigliedrige Schulsystem überwinden und im Zwischenschritt die Schullandschaft so umgestalten, dass im Bereich der weiterführenden Schulen nur noch die Schulformen Gymnasium und Integrierte Gesamtschule (IGS) in Hannover angeboten werden und weitere Primarstufen in den IGS einrichten. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist es jedoch, die derzeitige Abschlussspraxis zu verändern und über die kommenden Jahre weitgehend überflüssig zu machen. Dazu wollen wir

- gemeinsam mit den Schulen und der Landesschulbehörde ein Bündnis gegen Abschlüssen gründen und eine verbindliche Vereinbarung zu ihrer Reduzierung treffen,
- gemeinsam Konzepte entwickeln, wie durch bessere Beratung am Schulübergang, eine gezieltere individuelle Förderung von Schüler*innen und die Möglichkeit zum Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen an allen Schulformen Schulwechsel vermieden werden können,
- uns dafür einsetzen, dass an möglichst allen weiterführenden Schulen in Hannover alle Bildungsabschlüsse erworben werden können. Das bedeutet, dass Gesamtschulen grundsätzlich eine Oberstufe erhalten sollen, die zum Abitur führt ggf. als gemeinsame Oberstufe mit anderen Schulen und Schulformen;
- Schulen, die sich nach bestimmten Profilen (zum Beispiel Berufsorientierung, Sport- oder Musikprofil) ausrichten möchten, aktiv in ihren Vorhaben unterstützen.

Wirtschaft und Umwelt

Wirtschaft

Hannover ist ein starker Wirtschaftsstandort, der von einer Vielzahl von Branchen lebt. Diese Vielfalt sorgt zugleich dafür, dass der städtische Haushalt weniger von den Konjunkturen einzelner Branchen abhängig ist.

Wir bekennen uns zum Wirtschaftsstandort Hannover und zur Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Region. Dabei werden wir Schwerpunkte in den Bereichen Klimaschutz und des sozial-ökologischen Wandels der Wirtschaft, des Tourismus, der Digitalisierung und der Gesundheits- und Medizinwirtschaft setzen. Die Zusammenarbeit der Wirtschaft und der reichhaltigen Wissenschaftslandschaft in unserer Stadt werden wir ausbauen.

Wir bekennen uns ebenfalls zum Messe- und Kongressstandort Hannover. Die Messe hat eine wesentliche Bedeutung für unsere Stadt als Wirtschaftsstandort, als Arbeitsplatz für eine Vielzahl von Menschen und als touristisches Ziel. Deshalb werden wir die Messe bei ihrer notwendigen Neuausrichtung und der hierfür notwendigen Entwicklung neuer, möglichst nachhaltiger Formate und neuer Nutzungen des Messegeländes begleiten.

Umwelt und Klimaschutz

Der von Menschen gemachte Klimawandel zwingt uns zu schnellem Handeln, wollen wir die Grundlagen unseres Lebens bewahren. Deshalb bekennen wir uns zum Ziel, Hannover bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen.

Wir bekennen uns ebenfalls zum beschlossenen Kohleausstieg bis 2026.

Um die Umwelt zu schützen und dem Klimawandel zu begegnen, werden wir

- die Schaffung der dezentralen Ersatzkapazitäten unterstützen, die für den Kohleausstieg am Kraftwerk Stöcken notwendig sind, um die Versorgung der Menschen in unserer Stadt mit Strom und Fernwärme sicherzustellen,
- andere flankierende Maßnahmen zur Einsparung von CO₂ unterstützen und vorantreiben, etwa die energetische Sanierung und die Ausstattung mit Photovoltaikanlagen und die Dachbegrünung von Gebäuden, voran von Gebäuden in städtischem Besitz,
- bestehende Klimaschutzprogramme, wie proKlima, fortsetzen und die Klimaschutzagentur gemeinsam mit der Region stärken,
- in der Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Region einen Schwerpunkt auf Klimaschutz, Ressourcenschonung und die Begleitung des sozial-ökologischen Wandels der Wirtschaft setzen und damit die Klimaschutzregion Hannover stärken,
- die biologische Vielfalt in Hannover bewahren, indem wir weiterhin konsequent auf ökologisches Grünflächenmanagement setzen und
- Hannover als „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ alle Ehre machen und intelligente Konzepte zum Erhalt der biologischen Vielfalt umsetzen.

Stadtentwicklung und Bauen

Verkehr

Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis und für viele Menschen eine Notwendigkeit im familiären und beruflichen Alltag. Wir verfolgen gemeinsam das Ziel, den Wunsch nach und die Notwendigkeit von Mobilität mit der großen Bedeutung des Gesundheits- und Umweltschutzes sowie der Verkehrssicherheit in Einklang zu bringen. Unterschiedliche Bedürfnisse von Pendler*innen und Einwohner*innen in den verschiedenen Stadtteilen und im Umland sowie zwischen den Nutzer*innen der unterschiedlichen Verkehrsarten wollen wir zum Ausgleich bringen.

Wir bekennen uns zum Ziel eines stadtverträglichen Verkehrs und werden deshalb

- uns das Ziel setzen, bis 2025 in unserer Stadt einen Anteil von jeweils 25 Prozent des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Radverkehrs und des Fußverkehrs am Gesamtverkehr zu erreichen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen ergreifen,
- den Masterplan Mobilität bis zum Jahr 2035 fortschreiben und den Anteil des Umweltverbundes am Gesamtaufkommen weiter erhöhen. Gemeinsam mit der Region wollen wir den ÖPNV ausbauen und hierfür neue Angebote schaffen, den ÖPNV besser mit anderen Verkehrsformen, voran Rad- und Fußverkehr, koppeln und den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erleichtern (Bike & Ride/Park & Ride), das Radwegenetz – auch in das Umland – ausweiten, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen besser schützen und ihnen Vorrang vor dem Autoverkehr einräumen sowie Car- und Bike-Sharing-Angebote unterstützen.
- die Erreichbarkeit der verschiedenen Stadtquartiere und des Umlands durch die unterschiedlichen Verkehrsformen sichern, verkehrsberuhigende Maßnahmen erweitern, das Parkraummanagement weiterentwickeln und die Flächenbedürfnisse zwischen Verkehr und Naherholung abwägen sowie
- die Verkehrssicherheit erhöhen mit dem Ziel, Verkehrsunfälle und Personenschäden im Verkehr zu vermeiden (zum Beispiel durch fehlerverzeihende Infrastruktur).

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Knapper Wohnraum und steigende Miet- und Immobilienpreise gehören zu den drängenden Herausforderungen in unserer Stadt. Deshalb wollen wir die Anstrengungen im Wohnungsneubau und zur Sanierung des Wohnungsbestandes steigern und geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg zu dämpfen.

Dazu werden wir

- eine integrierte Stadtplanung vorantreiben und dafür ein Flächenkonzept entwickeln, das die Bedarfe von Wohnraum und Wohnungsbau, Gewerbe und Einzelhandel sowie Grün-, Kleingarten- und Freiraumflächen ebenso berücksichtigt wie die notwendige Infrastruktur für Verkehr, Bildung, soziale Belange, Sport und Kultur,
- die Baugenehmigungsverfahren beschleunigen,
- das Ziel verfolgen, den Nettoflächenverbrauch bis 2035 auf Null abzusenken,
- dafür vor allem den Geschosswohnungsbau vorantreiben und hierbei auch auf städtebauliche Hochpunkte (Hochhäuser) setzen,
- mit der Region und den Umlandkommunen im Rahmen der Regionalen Raumordnungspläne

nung (RROP) die Verständigung darüber suchen, auch dort verstärkt Mehrfamilienhäuser zu errichten und die Anbindung neuer Wohnbaugebiete an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sicherstellen,

- bereits vorgesehene Flächenreserven aus dem Wohnkonzept 2025 erschließen und mit Baurecht versehen. Dazu gehören auch die Flächen der früheren Deurag-Nerag in Misburg und die Schwarze Heide, wo allerdings die Hälfte der bisher zur Bebauung vorgesehenen Fläche westlich der Stelinger Straße als Landschaftsschutzgebiet erhalten bleibt und die übrigen Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe ausgewiesen und für die Errichtung von bis zu 1.500 Wohneinheiten vorgesehen werden sollen,
- ein Wohnraumkonzept 2035 entwickeln und das Wohnraumförderprogramm der Landeshauptstadt ausbauen,
- beim Wohnungsbau wie auch bei der Unterbringung von wohnungslosen Menschen vor allem auf unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft hanova WOHNEN setzen und diese hierfür mit ausreichenden Mitteln ausstatten,
- Wohnungsbaugenossenschaften, Stiftungen und Baugemeinschaften ebenfalls bei der Vergabe bei Wohnungsbauprojekten verstärkt berücksichtigen,
- geeignete Instrumente schaffen, um die Zweckentfremdung von Wohnraum und die Verdrängung von Mieter*innen (Gentrifizierung) aus ihren Quartieren zu verhindern (zum Beispiel durch eine Zweckentfremdungssatzung und durch soziale Erhaltungssatzungen).

Außerdem bekennen wir uns zum Instrument eines Bodenfonds. Wir werden die Möglichkeiten einer Kommune, einen solchen Bodenfonds einzurichten, prüfen lassen und appellieren an Bund und Land, die Kommunen dabei zu unterstützen. Wir lehnen Veräußerungen von Grundstücken zur Haushaltskonsolidierung ab.

Innenstadt

Hannovers Innenstadt muss zukunftsfest aufgestellt werden und der innerstädtische Einzelhandel im Wettbewerb mit dem Online-Handel bestehen können. Dazu müssen wir die Attraktivität und die Aufenthaltsqualität von Hannovers City ebenso steigern wie die Angebotsvielfalt in Freizeit und Kultur sowie von Einzelhandel, Gewerbe und Gastronomie. Dies bedeutet auch, die Innenstadt autoarm, überwiegend autofrei zu gestalten und den so gewonnenen öffentlichen Raum weitgehend zugunsten des Fuß- und Radverkehrs zu entwickeln.

Hierzu haben wir bereits mit dem „Perlenkonzept“ (Grüne) und „hannofuture City“ (SPD) Ideen vorgelegt, die in zahlreichen Punkten übereinstimmen. Auf dieser Grundlage werden wir

- auf der Basis der Ergebnisse des laufenden und andauernden Innenstadt-Dialogs mit den Bürger*innen, voran den Bewohner*innen der Innenstadt, der City-Gemeinschaft, den Kulturschaffenden und anderen Interessengruppen zusammen mit der Verwaltung ein Konzept für eine zukunftsfähige, lebenswerte und attraktive Innenstadt erarbeiten,
- mehr Möglichkeiten für eine vielfältige Nutzung der City eröffnen, um damit mehr Menschen in die Innenstadt zu ziehen,
- den innerstädtischen Einzelhandel sowie gastronomische und kulturelle Angebote sichern und das unbeschwertere Wohnen in der Innenstadt ermöglichen,
- öffentliche Flächen so gestalten, dass sie zum Bummeln und Verweilen einladen,
- auf der Grundlage des Freiraumentwicklungskonzepts „Stadtgrün 2030“ eine Freiflächenkonzeption zu erstellen,
- das sogenannte Kulturdreieck zwischen Prinzenstraße, Sophienstraße und Opernplatz als ein erstes herausragendes Projekt einer Neugestaltung der Innenstadt vom Autoverkehr befreien,
- gemeinsam mit der Region ein verlässliches Gesamtkonzept entwickeln, das die Erreichbarkeit der Innenstadt durch den ÖPNV sicherstellt,

- die Zufahrt mit Autos zu den Parkhäusern ebenso ermöglichen wie den Anwohner*innen- und Lieferverkehr,
- die Anbindung der innenstadtnahen Quartiere an die City verbessern und
- die Kommunikation im Vorfeld der verschiedenen Maßnahmen ebenso verbessern, wie wir die Beteiligung der Ratsgremien vorab sicherstellen werden.

Kultur und Sport

Menschen brauchen Kultur, Kunst, Tanz, Bilder, Geschichten und Musik in ihrem Leben. All dies ist in der Corona-Pandemie deutlich zu kurz gekommen. Kunst und Kultur gehören jedoch zum Fundament der Gesellschaft gerade auch in der Landeshauptstadt Hannover. Kultur ist vielfältig, lebendig, dynamisch – und kritisch-konstruktive Stimme gleichermaßen. Kultur ist deshalb ein bedeutender Bestandteil der Bildung und des individuellen wie des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserer Stadt.

Kulturentwicklung

Zur Weiterentwicklung der Kultur in Hannover wollen wir die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans vorantreiben, mit Leben füllen und dabei möglichst viele Anbieter*innen und Rezipient*innen in den Umsetzungsprozess mit einbeziehen. Egal ob Kunst im Dialog, die Museumslandschaft, die Erinnerungskultur oder auch die Öffnung von Kultur und deren Einrichtungen in die Stadtgesellschaft: Wir verpflichten uns der Entwicklung der Hannoverschen Kulturlandschaft und schaffen ein unverwechselbares Kulturprofil für Hannover.

Dabei bekennen wir uns zu den bestehenden Einrichtungen in den verschiedenen Bereichen unserer Kulturlandschaft. Wir werden die Spielstätten, Musikzentren und -schulen, die Stadtteilkulturzentren und vor allem die Museen unterstützen und stärken.

Der Erinnerungskultur in unserer Stadt messen wir einen besonderen Stellenwert zu, wobei dem Zeitzentrum Zivilcourage eine herausgehobene Rolle zukommt. Wir werden die Erinnerungskultur weiterentwickeln und hierbei den Blick über die Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur hinaus weiten.

Förderung der Nachtkultur

Ein besonderer Baustein für Hannover ist die in ihrer Vielseitigkeit gewachsene Nachtkultur – eine Kulturform, die nicht ohne Konflikte und Abstimmungsbedarfe auskommt. Gleichzeitig stellt die Clubszene hierbei einen bedeutenden Kreativ- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt und ein wichtiges Biotop für die musikalische Nachwuchsszene dar. Durch den langen, coronabedingten Lockdown der Clubs seit März 2020 und die verhältnismäßig geringen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen stehen viele Clubs und Veranstaltungsorte für Livemusik vor dem Aus. Wir werden die Nachtkultur unterstützen, indem wir eine Beauftragte / einen Beauftragten für Nachtkultur einsetzen, der sich (eingebettet in ein Konzept u.a. mit einem Beirat) all dieser Themen und Aufgaben konsequent annimmt und die Zusammenarbeit der Nachtaktiven mit den weiteren Akteur*innen und der Landeshauptstadt stärkt. Wir setzen uns auch für die Entwicklung von nichtkommerziellen Freiflächen zur kulturellen Nutzung ein.

Sportentwicklung

Sport – ungebunden oder im Verein – ist für viele Menschen in Hannover in allen Phasen ein wichtiger Teil ihres Lebens. Die hannoverschen Sportvereine und der Stadtsportbund leisten täglich großartige Arbeit und begeistern viele Menschen für den Sport. Auch Trend- und In-

dividualsportarten tragen zu einem gesunden Lebensgefühl und zu zwischenmenschlicher Begegnung bei; Sport schafft Begegnungen und ist ein Bindeglied der Gesellschaft und dies werden wir in den kommenden Jahren in allen Dimensionen begleiten und unterstützen. Wir werden für die Sportentwicklung in Hannover

- die stadtweite Versorgung mit Schwimmbädern mit der Fortschreibung des Bäderkonzeptes sichern, damit alle Kinder schwimmen lernen können,
- auch Angebote für neue Freizeit-, Trend- und Individualsportarten, einschließlich eSports, schaffen,
- uns dafür einsetzen, dass in allen Stadtbezirken ausreichend moderne Sportstätten und öffentliche Bewegungsräume zur Verfügung stehen und Sportstätten nachhaltig sichern und so
- die Sportentwicklungsplanung bedarfsgerecht fortsetzen.

Bunte, internationale, weltoffene Stadt Hannover

Hannover ist eine vielfältige, bunte und weltoffene Stadt, die eine inspirierende Kulturlandschaft beheimatet. Wir sind überzeugt: Diversität, ein offenes Miteinander und eine echte Willkommenskultur sind unverzichtbare Säulen einer Gesellschaft. Zugleich muss diese Offenheit auch in Hannover jeden Tag bewusst gelebt und gefördert und gegen jene verteidigt werden, die Intoleranz, Rassismus und Hass auf Minderheiten verbreiten. Wir setzen uns gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein und stellen uns hinter Betroffene.

Zuwanderungsfreundliches Hannover

Unser Leitbild ist Hannover als zuwanderungsfreundliche Stadt für Menschen auf der Flucht vor Hunger, Gewalt und Vertreibung. Integration bleibt auch in kommenden Jahren eine selbstverständliche Daueraufgabe. Dazu wollen wir

- das Sozialdezernat zu einem echten Integrationsdezernat entwickeln, in dem von der Unterbringung nach der Ankunft über den Spracherwerb bis zur Integration in den Arbeitsmarkt die Schritte des Ankommens aufeinander abgestimmt werden,
- Sprachkurse bedarfsgerecht anbieten,
- erfolgreiche Integrationsprojekte fortsetzen,
- den neuen Lokalen Integrationsplan „WIR 2.0“ umsetzen. Dabei werden wir die Mitbestimmung durch die Vertretung von Migrant*innenselbstorganisationen in den Gremien sicherstellen.

Gegen Diskriminierung

Die Stadt soll weiterhin allen Formen von Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und religiösem Extremismus entschieden entgegenzutreten. Deshalb wollen wir die Antidiskriminierungsstelle der Stadt und die Stelle zur Demokratieförderung gegen Rechtsextremismus stärken und die Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle fortführen.

Für sichtbares queeres Leben

Wir stehen für gesellschaftliche Gleichberechtigung queerer sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten sowie unterschiedlicher Beziehungsmodelle. Wir wollen, dass LSBTQI-AN* ein sichtbarer, selbstverständlicher und anerkannter Teil Hannovers sind. Deshalb:

- setzen wir uns für den Erhalt und die Förderung der queeren Projekte, Zentren und Beratungsangebote in Hannover ein,
- unterstützen wir Initiativen gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz von Diversität und Geschlechtervielfalt in Jugendverbänden und im Sport,
- wollen wir Möglichkeiten nutzen, zur Sichtbarkeit queeren Lebens in Hannover durch die Verwaltung beizutragen (zum Beispiel mit Regenbogen-Beflaggung oder einem Wagen bei der Christopher-Street-Day-Parade).

- soll innerhalb der Stadtverwaltung die Vielfalt queeren Lebens verankert werden
- wollen wir die Stelle der Beauftragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Landeshauptstadt Hannover in diesem Sinne stärken.

Gleichstellung

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Wir werden deshalb alles dafür tun, in der Stadt Hannover die Gleichberechtigung voranzubringen. Als Querschnittsaufgaben müssen Aspekte der Gleichstellung in allen Bereichen des Verwaltungshandelns berücksichtigt werden – von der Stadtplanung bis zur Aufstellung des Haushalts.

Dafür werden wir

- uns konsequent für Gleichberechtigung in den verschiedenen Bereichen des städtischen Lebens einsetzen,
- geeignete Förderinstrumente entwickeln, um den Geschlechtern die gleichberechtigte und sichere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt zu ermöglichen,
- Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für das gesamte Verwaltungshandeln durchsetzen (Gender Mainstreaming),
- die Förderinstrumente der Stadtverwaltung konsequent einsetzen, um vor allem Frauen im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie und Pflege sowie Ehrenamt, Beruf und Familie bzw. Pflege zu unterstützen, Männer verstärkt zur Übernahme von Familien-, Betreuungs- und Pflegezeiten zu ermutigen und um Frauen stärker als bisher in gehobene und Führungspositionen zu bringen,
- uns konsequent für den Schutz insbesondere von Frauen und Mädchen vor Gewalt – vor allem im häuslichen Umfeld – einsetzen und entsprechende Hilfe- und Beratungsangebote unterstützen. Dazu gehört für uns vor allem der Ausbau der Frauenhauslandschaft und die Förderung des sogenannten Übergangswohnens für Frauen nach einem Aufenthalt im Frauenhaus oder kurzfristiger Obdachlosigkeit.
- einen 3. Gleichstellungsaktionsplan zur Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ entwickeln.

Organisatorisches

Strukturen und Arbeitsweisen

Unsere Fraktionen werden bei Entscheidungen in den Ratsgremien einheitlich abstimmen. Sie werden Anträge nur gemeinsam stellen und keine Anträge einreichen, die nicht zuvor miteinander abgestimmt sind. Anträge auf Anhörungen sind hiervon ausgenommen.

Wir werden einen Koalitionsausschuss einrichten, an dem die Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie der Oberbürgermeister teilnehmen werden. Der Koalitionsausschuss soll mindestens einmal im Quartal tagen.

Personalia

Wir werden die Vorschläge der GRÜNEN für den Ratsvorsitz, der SPD für die erste Stellvertretung für den Ratsvorsitz ebenso unterstützen wie die Vorschläge der SPD für die*den 1. Bürgermeister*in und der GRÜNEN für die 2. Bürgermeisterin unterstützen.

Um die Verwaltung in ihren Strukturen zukunftsfähig aufzustellen, werden wir die Dezernate für Bildung, Jugend und Familie sowie für Kultur und Sport im Zuge der Neubesetzungen neu organisieren, indem wir sie in

- ein Dezernat für Schule und Kultur sowie
- ein Dezernat für Jugend, Familie und Sport

umgliedern.

Die Besetzung des Dezernates Wirtschaft und Umwelt erfolgt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters. Beim Dezernat für Schule und Kultur erhält die SPD ein Vorschlagsrecht. Beim Dezernat Jugend, Sport und Event erhalten die GRÜNEN ein Vorschlagsrecht.

